

National Coalition

für die Umsetzung der

UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland (NC)

Geschäftsstelle: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe - AGJ • Mühlendamm 3 • 10178 Berlin

Tel. 030/400 40 -216/-218, Fax 030/400 40 232, E-Mail: info@national-coalition.de

Rechtsträger der National Coalition: Vorstand der AGJ. e.V. • V.i.S.d.P.: Peter Klausch

PRESSEMITTEILUNG

**Berücksichtigung von Kinderrechten statt „struktureller Rücksichtslosigkeit“
National Coalition begrüßt Forderung des 14. Kinder- und Jugendberichtes nach
Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz.**

Berlin, 21.02.2013 Kinder und Familien sind, so die Sachverständigenkommission für den 14. Kinder- und Jugendbericht, mit einer „strukturellen Rücksichtslosigkeit“ konfrontiert. Die National Coalition begrüßt die Forderung der Sachverständigenkommission, Kinderrechte auf Schutz, Förderung und Beteiligung sowie den Vorrang des Kindeswohls im Grundgesetz zu verankern.

Die Sprecher der NC, Professor Dr. Jörg Maywald und Dr. Sabine Skutta: *„Alle politischen Ressorts müssen die Kinderrechte und das Kindeswohl vor Augen haben. Ihre Entscheidungen haben direkten Einfluss auf Familieneinkommen und auf die Wohnsituation, auf Gesundheit, Aufenthaltsstatus, Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen. Ein Drittel der Kinder wächst in einer prekären Lebenslage auf, darauf weist der 14. Kinder- und Jugendbericht erneut hin. Die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz würde in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung wirksam werden. Und was mindestens so wichtig wäre: Für jedes Kind sichtbare Kinderrechte im Grundgesetz stärken Kinder darin, ihre Rechte auch wahrzunehmen.“*

Die Verankerung der Kinderrechte und des Kindeswohlvorrangs im Grundgesetz würde eklatanten Verletzungen der Rechte von Flüchtlingskindern entgegenwirken.

Mit Kinderrechten im Grundgesetz wäre weiterhin die systematische Berücksichtigung der Kinderrechte in allen Lebensbereichen von Kindern verbunden. Damit würden auch die kinderrechtlichen, „blinden Flecken“ auffallen, in denen Kinder vollständig übersehene Mitbetroffene von Regelungen sind, die ihre Eltern betreffen:

So hat die Berichtskommission des 8. Familienberichts schon darauf hingewiesen, dass im Arbeitsrecht und in den Tarifvereinbarungen Regelungen fehlen, die die Familie und damit auch die Kinder als Schutzsubjekt berücksichtigen und nicht nur von Arbeitnehmern und Arbeitgebern ausgehen.

Gleiches gilt für die Strafprozessordnung oder die Regelungen des Strafvollzugs: Wenn Väter und Mütter straffällig werden und in der Folge in Haft kommen, sind die Kinder erheblich mitbetroffen. Empfehlungen der Vereinten Nationen zur Umsetzung der Rechte des Kindes auf die vorrangige Berücksichtigung seines Wohls, auf Information und auf Beteiligung bei allen Schritten des Strafverfahrens gegen ihre Eltern und im Strafvollzug sind in Deutschland gesetzlich nicht umgesetzt.

„Durch noch so viele, wenn auch richtige und notwendige Einzelgesetze und Programme, die die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme ins Feld führt, kann die dringend notwendige systematische und umfassende Berücksichtigung von Kinderrechten nicht erreicht werden. Dazu brauchen wir die Verankerung im Grundgesetz. Wir fordern alle politischen Parteien auf, dieses Ziel in ihre Wahlprogramme und in mögliche Koalitionsvereinbarungen aufzunehmen“, so Maywald und Skutta abschließend.

Den vollständigen 14. Kinder- und Jugendbericht finden Sie unter:
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/122/1712200.pdf>

Mehr zum Thema Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz finden Sie unter:
http://www.national-coalition.de/pdf/stellungnahmen/Argumente_Kinderrechte_ins_Grundgesetz_2010.pdf

Die National Coalition für die UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland (NC), unter Rechtsträgerschaft der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe - AGJ, ist ein Zusammenschluss von rund 115 Organisationen und Verbänden, die sich für die Verwirklichung der Kinderrechte in Deutschland einsetzen und auf Mängel der Umsetzung der Kinderrechtskonvention in Deutschland (UN-KRK) aufmerksam machen.

Pressekontakt zur National Coalition: Kirsten Schweder und Claudia Kittel: (030) 400 40-216 / -218 / 0163 62 789 16

Weitere Informationen zur National Coalition finden Sie auch im Internet unter www.national-coalition.de .

Die National Coalition wird aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes gefördert.